

# Befremdliches aus Strassburg: EGMR erlaubt Leugnen des Armenier- Genozids

---

JuWiss Redaktion

2014-01-16T12:23:39

von [MATTHIAS UFFER](#)



[Do#u](#)

[Perinçek](#) wiederholt es unermüdlich: Die Ereignisse in der Türkei der Jahre 1915 bis 1917 seien kein Genozid. Die Türken hätten sich lediglich verteidigen müssen. Bloss gegenseitige Massaker und Vertreibungen hätten stattgefunden. Der Genozid sei eine internationale Lüge. Bemühungen der Armenier um Anerkennung der Tragödie als Völkermord erachtet er als [Hetzkampagne](#).

Dafür wurde der [türkische Nationalist](#) im Jahre 2007 wegen Verstosses gegen [Art. 261bis](#) des Schweizer Strafgesetzbuches zur Bezahlung einer moderaten Geldstrafe [verurteilt](#). Diese Anti-Rassismus-Strafnorm stellt u.a. das rassistisch motivierte Leugnen oder Rechtfertigen eines Genozids unter Strafe. Während Perinçeks Rekurse vor Kantons- und Bundesgericht abgewiesen wurden, gab ihm der EGMR mit [Urteil vom 17. Dezember 2013](#) nun überraschend Recht. Fünf von sieben Richtern sind der Ansicht, die Schweiz hätte Perinçeks Recht auf freie Meinungsäußerung aus Art. 10 EMRK verletzt.

Während diese Ansicht in der separaten zustimmenden Begründung zweier Richter („opinion concordante“) immerhin nachvollziehbar dargelegt wird, erstaunt die Begründung der federführenden drei Richter nicht nur, sondern driftet stellenweise gar ins Groteske ab. Dieser Beitrag konzentriert sich auf die Darlegung dreier ausgewählter Schwachstellen (für weitere Kritikpunkte siehe etwa die [abweichende Meinung](#) zweier Richter bzw. eine [Kritik aus strafrechtlicher Warte](#)): Erstens, aufs folgenschwere Zurückschrecken des EGMR vor geschichtswissenschaftlichen Erwägungen. Zweitens, auf die einem Rechtsvergleich und früheren Fällen

entnommenen fehlerhaften Schlussfolgerungen. Drittens, auf die Einseitigkeit der durch den EGMR vorgenommenen Abwägung (in Verkenntung des Abwägungsspielraumes der Schweiz).

## **Der EGMR flüchtet sich vor der „ungewissen“ Geschichte ...**

Der EGMR fühlt sich nicht dazu aufgerufen, als Gericht Geschichte zu schreiben ([siehe etwa § 99 und § 111](#)). Dies führt den EGMR in eine gar extensive Geschichtsabstinenz, welche er zusätzlich mit pauschaler Wissenschaftsskepsis begründet: Geschichtswissenschaft sei definitionsgemäss kontrovers und biete sich nicht für die Etablierung objektiver und absoluter Wahrheiten an (§ 117).

Es scheint in der Folge, der EGMR versuche sein Urteil in einer virtuell-juristischen Welt zu fällen, abgeschottet von unausweichlichen historischen Prämissen. Der Gerichtshof umschiffet die brisanten historischen Fragen, indem er den von den Vorinstanzen festgestellten „historischen Konsens“ hinsichtlich des Genozids in Frage stellt, den Genozid selbst aber weder bestreitet, noch bestätigt. Dadurch gelangt der EGMR zum Standpunkt, dass die Frage um den Armenier-Völkermord mangels ausreichender Belege eine umstrittene sei und folglich konträre Debatten zum Thema möglich bleiben müssten. Das Problem ist nun aber Folgendes: Belege sind Teil der Fakten. Wer Belege anzweifelt, rüttelt unweigerlich auch am Charakter der Fakten. Der EGMR tut damit implizit das, wovor er sich explizit hüten will. Er bezieht Stellung zum Armenier-Genozid – auf eine stellenweise relativierend wirkende Art und Weise.

Nicht nachvollziehbar ist sodann, wie der EGMR den Holocaust von seiner historischen Relativitätstheorie ausnimmt (§ 117): Der offenbar ausschlaggebende Unterschied besteht in den Augen des Gerichtshofs darin, dass jene Verbrechen bereits durch ein internationales Gericht (Nürnberg-Tribunal) abgeurteilt worden seien.

## **... hinüber in die „Gewissheiten“ der Politik**

Für wahrhaftiger als die Geschichtswissenschaft hält der EGMR anscheinend die politischen Gezeiten. Zur Beantwortung der Frage, ob ein Genozid hinreichend belegt sei (und daher dessen Leugnung im Interesse der Rassismus-Bekämpfung zulässig erscheint), sind in den Augen des EGMR folgende Kriterien massgebend:

1. ob die Tathandlungen durch ein internationales Gericht entsprechend eingestuft worden sind;
2. inwieweit Staaten und deren politische Instanzen die Verbrechen offiziell entsprechend einstufen;
3. ob in der Öffentlichkeit die Frage noch strittig debattiert werde.

Diese Kriterien führen in der vom EGMR vorgeführten strengen Anwendung dazu, dass gewisse Staaten sich bestimmt nie mit der „objektiven“ Schuld eines Genozids herumschlagen müssen: Etwa China, Russland, USA, Frankreich und Grossbritannien. Auch andere grössere Staaten können die öffentliche Debatte

und Drittstaaten entsprechend beeinflussen. Dass der EGMR bedenkenlos auf diese politisch geprägten Kriterien abstellt, ist die Folge der unglücklichen Geschichtsskepsis.

Fraglos: Auch die Geschichtswissenschaft ist keine perfekte Herrscherin über historische Fakten – aber immerhin eine vergleichsweise vernünftige. Ehe der EGMR der Wissenschaft die Herrschaft über (juristisch relevante) historische Fakten entzog, hätte er sich fragen müssen, in wessen Hände die Fakten stattdessen gelangen.

Letztlich sind die oben genannten Kriterien gerade dort erfüllt, wo die Opfer eines Genozids und deren Angehörige immerhin etwas Recht erfahren haben. Dass die Holocaust-Leugnung verbreitet unter Strafe steht und der Holocaust von der Staatengemeinschaft weitestgehend anerkannt wird, hat eben auch mit der Fortschrittlichkeit der Vergangenheitsbewältigung Deutschlands zu tun. Wer sich aber an die Anerkennung anderer Schwerstverbrechen wagt, hat mit politischem Gegenwind zu kämpfen.

Die bestimmt nicht beabsichtigte, aber m.E. implizierte Botschaft des EGMR an die Armenier ist hierbei die Folgende: Weil die Wunde noch blutet, darf sie nicht heilen. Und das so kurz vor dem 100-jährigen Geburtstag der Tragödie.

## **Dürftige Analyse der Rechtsgrundlagen und Vergleichsfälle**

Dass ein Gericht die vertiefte Auseinandersetzung mit brisanten historischen Fragen scheut, ist für sich allein noch nachvollziehbar. Weniger nachvollziehbar ist, wie der EGMR selektiv mit rechtlichen Grundlagen jongliert.

Erstens führt der EGMR vergleichshalber Fälle auf, in denen er die Meinungsfreiheit von Personen schützte, welche auf türkischem Boden den Genozid thematisierten und sich hierfür Sanktionen wegen Beleidigung der türkischen Identität ausgesetzt sahen (so zitiert der EGMR auch den Fall [Dink c. Türkei](#)). Was dem EGMR dabei ins Auge hätte springen müssen, ist der Unterschied zwischen den gewichtigen Interessen an der Einschränkung der Meinungsäusserung im einen Fall (Perinçek), verglichen mit der *schlichten Inexistenz* berechtigter Interessen an der Unterdrückung unangenehmer Wahrheit im anderen Fall (Dink). Die Folge dieses Vergleichs ist, dass der Gerichtshof Massstäbe auf den Perinçek-Fall anwendet, welche für gänzlich unterschiedliche Konstellationen konzipiert wurden.

Zweitens geht auch der Hinweis des EGMR (§ 125) auf einen früheren Fall einer unteren Gerichtsinstanz der Schweiz fehl: 2001 wurden türkische Staatsangehörige vom Vorwurf der Genozid-Leugnung freigesprochen, weil der *subjektive* Tatbestand (mangels Diskriminierungsabsicht) nicht erfüllt war. Der EGMR führt den Fall pauschal als Argument dort auf, wo er nicht hinpasst: als Argument gegen die Notwendigkeit einer Kriminalisierung der Leugnung des Armenier-Genozids.

Drittens: Der EGMR weist darauf hin, dass neben der Schweiz bloss zwei Staaten – nämlich Spanien und Luxemburg – die Leugnung eines Genozids generell unter Strafe stellten, und sich nicht etwa auf die Verbrechen der Nazizeit beschränkten

(§ 120). Daraus schliesst der EGMR, dass alle übrigen Staaten kein zwingendes soziales Bedürfnis an der Bestrafung der Leugnung anderer Genozide erkannt hätten. Er verkennt dabei, dass die Anti-Revisionismus-Gesetzgebung allgemein höchst heterogen ist und sich ihr kein Interpretationsargument à la Konsensprinzip entnehmen lässt – oder zumindest keines im Sinne des Urteils. Denn immerhin zeigt die weit verbreitete Kriminalisierung der Holocaust-Leugnung, dass offenbar ein anerkanntes Bedürfnis besteht, rassistisch motivierten Revisionismus zu unterbinden. Der Gerichtshof ist sich dieses entscheidenden Punktes offenbar bewusst: Bemüht, die Holocaust-Leugnung als Spezialfall zu isolieren, führt er ein dürftiges Argument nach dem anderen auf (z.B. in § 117).

## **Einseitige Gewichtung der Interessen**

Der Gerichtshof attestiert Perinçeks Diskurs juristische, historische und politische Qualität. Er vermag darin keine rassistische Motivation zu erkennen. Damit gelangt der EGMR zur Feststellung, der Abwägungsspielraum der Schweiz sei begrenzt.

Bei der Analyse der entgegenstehenden Interessen drückt der EGMR hingegen zahlreiche Augen zu. Die Würde und das Andenken der Opfer und ihrer Angehörigen werden kurz erwogen, aber für zu leicht befunden. Gar nicht erst auf die Waage kommt hingegen das von der Schweiz vorgebrachte Argument der Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Die drei federführenden Richter halten es für nicht ausreichend substantiiert (anders aber die „opinion concordante“ zweier Richter).

Das ist befremdlich, ist die Bekämpfung des Rassismus doch ein evidenten und anerkanntes Interesse der öffentlichen Ordnung. Auch Perinçeks revisionistischer Kampf ist alles andere als harmlos. Wer die Täter als Opfer darstellt, dagegen aber die Opfer der Lüge und der eigentlichen Täterschaft bezichtigt, bereitet zukünftigen Verbrechen einen nährhaft-rassistischen Boden. Geschichte und Justiz haben sich mit entsprechenden Zusammenhängen hinreichend beschäftigt. Ein Beispiel liefert die Tragödie in Ruanda: In verstörender Selbstinszenierung der späteren Täter als Angegriffene und Opfer skizzierte der von extremistischen Hutus geführte Sender „[Radio-Télévision Libre des Mille Collines](#)“ bereits Monate vor dem Genozid subtil und beharrlich ein Bild der Tutsis als eigentliche Kriegsverbrecher, gegen die man zum schonungslosen Präventivschlag ausholen müsse. Der Westen erwog vor dem Genozid zeitweise, die Sendung mit technischen Mitteln zu unterbinden, tat es dann aber nicht: Aus Rücksicht auf die Meinungsfreiheit. Als der Sender dann im Verlauf des Genozids unumwunden zur Tötung der „Kakerlaken“ (despektierliche Bezeichnung für Tutsis) aufrief und der gewaltbereiten Masse gar Orte verriet, an denen sich Tutsis versteckten, erkannte man den Fehler – doch es war zu spät.

## **Fazit**

Kurzum: Eine demokratische und pluralistische Gesellschaft hat an gefährlichen Geschichtsverdrehungen keinerlei Interesse – und sollte hier der Meinungsfreiheit eine ihrer wenigen berechtigten Grenzen setzen.

Das Urteil hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack, der allenfalls dann verschwindet, wenn die Schweiz appelliert und die Grosse Kammer den Fehlgriff korrigiert.

---

